

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **0362-2011/DaDi** vom 07.09.2011
(Referenz-Vorlage: 0314-2011/DaDi)

Aktenzeichen: 419-001

Fachbereich: Koalition der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Christel Sprößler
Brigitte Harth

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Keine Kürzung der pauschalen Förderung der
Schwangerschaftskonfliktberatung
Änderungsantrag SPD und Grüne**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt-Dieburg fordert die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, von den, in der Novellierung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (HAGSchKG) geplanten Mittelkürzungen für die Beratungsstellen für Schwangere Abstand zu nehmen und das Gesetz in der vorgelegten Fassung nicht zu beschließen.

Begründung:

In dem Text der Fraktion Die Linke wird sehr allgemein auf das Hessische Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetzes (HAGSchKG) eingegangen. Mit dem Änderungsantrag soll verdeutlicht werden, dass es hierbei vor allem um die Mittelkürzungen für die Beratungsstellen für Schwangere geht. Durch die aktuellen Absichten des Landes könnten diese Beratungsangebote nicht mehr im vollem Umfang aufrecht erhalten werden.

Da aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation der Kommunen und Landkreise eine zusätzliche KO-Finanzierung der kommunalen Ebene nicht möglich ist, besteht die Gefahr, dass die Schwangerenberatung nicht wie bisher in unserer Region angeboten werden kann.